



Frankreichs Antrag vor dem Völkerbundsrat

Die Rede Laval

Genf, 16. April. Nach einer geheimen Sitzung, die nur einige Minuten dauerte, trat der Völkerbundsrat in öffentlicher Sitzung zur Behandlung des französischen Antrages gegen den deutschen Beschluß zur Einführung der allgemeinen Wehrpflicht zusammen. Sofort nach Eröffnung der Sitzung erteilte der Präsident des Rates, der türkische Außenminister Rüstü Aras, dem französischen Außenminister Laval das Wort zu einer kurzen Erklärung, die die Unterbreitung eines Entschließungsentwurfes im Namen der drei Mächte Frankreich, England und Italien begleitete.

Laval erklärte: „Indem die französische Regierung den Entschluß gefaßt hat, diese Ausprache herbeizuführen, gibt sie ihrem Vertrauen in den Völkerbund Ausdruck. Es ist dies eine Anerkennung der Unabhängigkeit, der Unparteilichkeit und der Autorität der Genfer Institution. Das deutsche Vorgehen vom 16. März muß verurteilt werden. Es müssen Maßnahmen ins Auge gefaßt werden, um in der Zukunft den Völkerbundspakt hinsichtlich der Organisation der kollektiven Sicherheit wirksamer zu gestalten.“

Der Rat des Völkerbundes wird seine Verantwortlichkeiten übernehmen. Da er mit der Aufrechterhaltung des Friedens betraut ist, wird er heute nicht schweigen und unbeteiligt sein wollen. Er muß sich seiner Herkunft erinnern und muß die Grundätze, auf denen er begründet ist, beherzigen. Er muß die Folgen seiner Haltung abmessen; dann wird er seiner Mission gerecht werden.“

Die Völker wissen, daß das Vertrauen in die beschworene Treue und in die übernommenen Verpflichtungen nicht nur ein moralisches Prinzip ist, sondern das lebendige Gesetz des Völkerbundes. Ich will hier nicht plädieren. Die Tatsachen sind zu bekannt. Die Denkschrift der französischen Republik läßt sie auf, analysiert sie und wertet sie. Die Ratsmitglieder haben sie beurteilen können. Sie werden sich auch darüber aussprechen.“

Frankreich hat durch seine Taten gezeigt, daß es den Frieden will. In London haben wir am 3. Februar zusammen mit der britischen Regierung ein Verhandlungsprogramm ins Auge gefaßt, das uns schnell zu einer haltbaren Organisation der Sicherheit in Europa führen sollte. Unsere Vorkehrungen sind durch das deutsche Vorgehen zunichte gemacht worden. Wer könnte bestreiten, daß die Reichsregierung durch ihre Handlungsweise in der Welt die Enttäuschung und Beunruhigung verursacht hat?

Die Ratsmächte müssen einen Entschluß fassen. Ich bin sicher, daß sie es verstehen werden, ein gewisses Zaudern, falls es bestehen sollte, zu überwinden, um die Regeln des internationalen Lebens achten zu helfen. Wenn sie ihre Pflicht erfüllt haben, werden wir der Zukunft ins Auge sehen.“

Wir machen keinen Unterschied zwischen den einzelnen Nationen. Alle Völker müssen auf demselben Boden der Gleichheit behandelt werden. Unsere Politik ist gegen kein Land gerichtet.“

Die Sicherheit, die wir verlangen, wollen wir für alle, d. h. daß wir nicht auf unser Friedensideal verzichtet haben und daß wir auch in Zukunft nicht darauf verzichten werden. Dies ist die Sprache Frankreichs. Man wird in der Welt nicht sagen können, daß Frankreich durch den Antrag, den es dem Rat unterbreitet habe, dem notwendigen Werk der Versöhnung zwischen den Völkern geschadet hat, wenn es für die Erfordernisse der internationalen Moral nötig ist, über die Vergangenheit zu richten, so darf doch die schwierige, langsame und oft undankbare Arbeit nicht unterbrochen werden, den Frieden zu organisieren.“

Ich habe daher die Ehre, bei dem Büro des Rates einen Entschließungsentwurf zu hinterlegen, der die Schlußfolgerung aus der jetzigen Debatte darstellt. Diese Entschließung wird von den drei Regierungen Frankreichs, Englands und Italiens unterbreitet.“

Wortlaut des Entschließungsentwurfes

1.

Der Entschließungsentwurf lautet:

„Der Völkerbundsrat ist der Ansicht,

1. daß die gewissenhafte Einhaltung aller Verpflichtungen aus den Verträgen eine Grundregel des internationalen Lebens und eine Voraussetzung der Aufrechterhaltung des Friedens ist,

2. daß es ein Hauptgrundgesetz der Menschenrechte ist, daß keine Macht sich von den Verpflichtungen eines Vertrages lösen kann, noch daß sie seine Bestimmungen ohne Übereinstimmung mit den anderen vertragsschließenden Parteien ändert,

3. daß die deutsche Einführung des Wehrgesetzes vom 16. März 1935 in Widerspruch mit diesen Grundätzen steht,

4. daß durch diese einseitige Maßnahme kein Recht entstehen konnte,

5. daß diese einseitige Maßnahme, indem sie ein neues Störungselement in die internationale Lage brachte, notwendigerweise als eine Drohung gegen die europäische Sicherheit erscheinen mußte

6. In der Erwägung, daß andererseits die britische Regierung und die Regierung Frankreichs, mit Zustimmung der italienischen Regierung, die deutsche Regierung seit dem 3. Februar 1935 mit dem Programm einer allgemeinen Regelung befaßt hatten,

mit dem Ziele, durch freie Verhandlungen den Frieden in Europa zu organisieren und zu einer allgemeinen Rüstungsbeschränkung im Rahmen der Gleichberechtigung zu gelangen, bei gleichzeitiger Sicherstellung der aktiven Mitarbeit Deutschlands am Völkerbund,

7. daß die einseitige Maßnahme Deutschlands nicht nur unvereinbar mit diesem Plan ist, sondern daß sie auch gerade zu der Zeit kam, als die Verhandlungen tatsächlich im Gange waren, erklärt der Rat, daß Deutschland gegen die Pflichten, die allen Mitgliedern der internationalen Gemeinschaft auferlegt sind, verstoßen hat, nämlich die eingegangenen Verpflichtungen innezuhalten. Der Rat verurteilt jede einseitige Aufkündigung der internationalen Verpflichtungen.“

II.

Der Rat richtet an die Regierungen, die das Programm vom 3. Februar 1935 ins Leben gerufen haben, oder die sich ihm angeschlossen haben die Aufforderung, die Verhandlungen, die sie begonnen haben, fortzusetzen und vor allem im Rahmen des Völkerbundsabkommens die Verträge abzuschließen, die im Einklang mit den Verpflichtungen des Völkerbundspaktes notwendig erscheinen sollten, um das Ziel zu erreichen, das in diesem Programm zur Sicherung der Aufrechterhaltung des Friedens vorgesehen ist.“

III.

In Erwägung, daß die einseitige Aufkündigung internationaler Verpflichtungen sogar die Existenz des Völkerbundes in Gefahr bringen kann, also einer Einrichtung, die die Pflicht hat, die Aufrechterhaltung des Friedens zu sichern und die allgemeine Sicherheit zu organisieren, beschließt der Völkerbundsrat:

„daß eine derartige Aufkündigung, ohne damit die Anwendung der Bestimmungen zu beeinträchtigen, die schon in anderen internationalen Verträgen vorgelegen sind, von Seiten der Mitglieder des Völkerbundes und im Rahmen des Völkerbundspaktes alle geeigneten Maßnahmen hervorzurufen müßte, sobald es sich um Verpflichtungen handelt, die die Sicherheit der Völker und die Aufrechterhaltung des Friedens in Europa betreffen.“

Der Rat beauftragt einen Ausschuß, der in folgender Weise zusammengesetzt sein soll (hier ist eine Lücke im Text), zu diesem Zwecke Maßnahmen vorzuschlagen, welche den Völkerbundspakt wirksamer machen sollen hinsichtlich der Organisation der allgemeinen Sicherheit, und der im besonderen wirtschaftliche und finanzielle Maßnahmen genau festlegen soll, die angewendet werden könnten in dem Falle, daß in Zukunft ein Staat, ob er nun Mitglied des Völkerbundes ist oder nicht, den Frieden in Gefahr bringen sollte, indem er einseitig seine internationalen Verpflichtungen aufkündigt.“

Die Erklärung Simons

Nach Laval ergriß der englische Außenminister Sir John Simon das Wort. Er begann mit der Feststellung, daß die von Laval vorgelegte Entschließung eine gemeinsame Entschließung der drei Stresa-Mächte sei. Der Grund, der diese Mächte bewogen habe, diese Entschließung gemeinsam vorzulegen, sei aus dem Schluß-Communiqué von Stresa selbst ersichtlich, und zwar aus dem Absatz, in dem die drei Mächte es als ihr Hauptziel bezeichnen, den Frieden aufrechtzuerhalten im Rahmen des Völkerbundes wobei sie alleseitig entschlossen

Kurze Tagesübersicht

Im Völkerbundsrat brachte Laval mit einer kurzen Erklärung einen Entschließungsentwurf ein, der das Vorgehen Deutschlands in Sachen der Wehrfreiheit verurteilt und einen Ausschuß des Völkerbundes beauftragt, Maßnahmen für künftige Fälle vorzuschlagen.

Im Anschluß daran unterstützten Außenminister Simon und der italienische Delegierte, Baron Aloisi, den Entschließungsantrag.

Der polnische Außenminister Beck machte die verschiedenen Bedenken geltend, die gegen den Entwurf sprechen, namentlich gegen den Ostpart.

Im März weist die deutsche Handelsbilanz einen Ausfuhrüberschuß von 12 Millionen RM. (gegen 57 Millionen im Februar) aus.

Ueber die kommenden Aufgaben der SA und der Chef des Stabes, Luhe, Mitteilungen.

Ein französischer Ministerrat beglückwünscht Flaminio und Laval zu den Ergebnissen von Stresa.

seien, durch alle brauchbaren Mittel einseitige Aufkündigungen von Verträgen für die Zukunft unmöglich zu machen. Simon betonte weiter, er wolle besonders darauf aufmerksam machen, daß die kollektive Aufrechterhaltung des Friedens im Rahmen des Völkerbundes das Ziel der drei Mächte sei. Sie seien heute nicht als Vertreter ihrer Regierungen erschienen, sondern als Mitglieder des Völkerbundes und des Völkerbundsrates. Wenn diese Entschließung vom Rat angenommen werde, so werde sie damit zu einer Ratsentschließung.

Simon ging dann auf die drei Schlusssätze der gemeinsamen Entschließung ein, die er noch einmal zusammenfassend wiederholte und deren Sinn er im Einklang mit dem Wortlaut erläuterte. Zum Schluß erklärte Sir John Simon, diese Vorschläge seien wohl begründet. Wenn der Rat ihnen zustimme, so werde er damit zeigen, daß er eins sei in der Aufrechterhaltung des Friedens und in der Herstellung der allgemeinen Sicherheit.“

Die Ausführungen Aloisis

Der italienische Rabinettsschef Aloisi erklärte, daß in dem gemeinsamen Entschließungsentwurf die Grundlagen festgelegt worden seien, die die Taten der italienischen Regierung auf internationalem Gebiete immer geleitet haben. Die zahlreichen Initiativen, die die faschistische Regierung in den schwierigsten Augenblicken ergriffen habe, seien der Friedenschaffung gewidmet gewesen. Die faschistische Regierung habe ihre Politik immer auf Realitäten, aber auch auf die Interessen aller Nationen gegründet. Sie werde aber, obwohl sie die Notwendigkeit der Verständigung nicht verkenne, sich dem Willen derjenigen widersetzen, die den europäischen Frieden bedrohen. Dieser Wille habe sich nicht nur in Worten, sondern in Taten ausgedrückt, die immer eine wichtige Hilfe für den Frieden waren. Die italienische Regierung habe seinerzeit, so erklärte Aloisi weiter, die weitestgehenden Vorbehalte geltend gemacht gegen die Entschließung der deutschen Regierung vom 16. März. Er schloß sich vollinhaltlich den Erklärungen Frankreichs und Großbritanniens an. Die italienische Regierung habe immer der Ansicht Ausdruck verliehen, daß es angezeigt wäre, den Teil 5 des Versailleser Vertrages einer Revision zu unterziehen. Sie habe aber dabei immer klar zu verstehen gegeben, daß eine solche Revision auf rechtmäßigen Wege zustande kommen müsse. Die faschistische Regierung, so schloß Aloisi, sei einer Meinung mit Frankreich und Großbritannien in ihrem Vertrauen in die Politik der internationalen Zusammenarbeit, von deren Geist die Konferenz von Stresa befeelt gewesen sei.“

Erklärung des polnischen Außenministers

Der polnische Außenminister Beck erklärte, er halte es für notwendig, sich bei seiner Rede auf das Dokument zu beziehen, das ihm sehr bedeutungsvoll erscheine, nämlich auf die französische Denkschrift vom 9. April. Seiner Ansicht nach habe die französische Regierung darin dem Rat drei verschiedene Probleme unterbreitet:

1. die deutsche Aufrüstung,
2. die Erweiterung der Verpflichtungen die den Mitgliedern des Völkerbundes aus dem Völkerbundspakt erwachsen, und
3. die Verstärkung der Sicherheit auf dem Wege von internationalen Abkommen.

Was das erste Problem angehe, so führte Außenminister Beck weiter aus, wolle er daran erinnern, daß seine Regierung sich zu verschiedenen Malen über die Ziele und Methoden der Abrüstungskonferenz ausgesprochen habe, in dem Rahmen, in dem das Problem eigentlich behandelt worden sei. Da die polnische Regierung an den Verhandlungen außerhalb der Konferenz nicht teilgenommen habe, und da sie sich an den damals abgegebenen Erklärungen nicht beteiligt habe, sei es nicht erstaunlich, sagte der polnische Außenminister, daß sie bei der gegenwärtigen Lage nicht an die Möglichkeit glaube, irgend welche neuen Bemerkungen in dieser Angelegenheit zu machen.

Ueber den zweiten Punkt, der sich auf die in der Zukunft anzuwendenden Sanktionen bezieht, wolle er nur einige allgemeine Bemerkungen machen. Niemand könne bestreiten, daß gewisse Verpflichtungen des Paktes unglücklicherweise ziemlich häufig nicht durchgeführt worden seien und daß dadurch das Ansehen des Völkerbundes vermindert worden sei. „Glaubt man ernstlich, daß es möglich ist, seine Autorität wieder herzustellen und die Wirksamkeit seiner Aktion zu erhöhen, indem man die Zahl der Artikel und der Paragraphen vermehrt, die neue Verpflichtungen enthalten?“

Was den dritten Punkt betrifft, nämlich die Bemerkungen der französischen Regierung über Verträge zur Aufrechterhaltung der europäischen Sicherheit, so möchte ich betonen, daß Polen zweifellos zu denjenigen Staaten gehört, die diese hohe Versammlung am wenigsten im Hinblick auf das Sicherheitsproblem beschäftigt haben. Trotzdem ist Polen an der Sicherheit aufs stärkste interessiert. Noch vor zwei Jahren ist der Geisteszustand, in dem sich die politischen Beziehungen zwischen den Staaten Osteuropas entwickelten, wenig befriedigend gewesen. Trotzdem hat man sich damals wenig um die Sicherheit in diesem Teil Europas gekümmert. Um so lieber stelle ich heute fest, daß sich die politischen Beziehungen in dieser Gegend außerordentlich günstig entwickelt haben.“

In diesem Zusammenhang erinnerte Beck an die Friedensabmachungen und Nichtangriffsverträge seines Landes, sowie Estlands, Finnlands und Lettlands mit Sowjetrußland, um dann

Europas sowie dem Erfolg der Verhandlungen für die Verwirklichung eines Sicherheitspaktes in Mittel- und Südosteuropa besondere Bedeutung bei.

Was die Revision des Militärstatuts der Unterzeichnerstaaten der Verträge von St. Germain, Trianon und Neuilly anlangt, so haben die Vertreter der fünf Staaten von den Erläuterungen Lavalls Kenntnis genommen, die besonders belegen a) daß die englische, französische und italienische Regierung davon abgesehen haben, ihre Ansicht über den Grund der Frage abzugeben, da diese durch die am unmittelbarsten interessierten Regierungen frei entschieden werden muß, b) daß die einzige Empfehlung, die die drei Regierungen in Straßburg abzugeben zu müssen, das Bestreben betrifft, jeden Versuch auszuschließen, auf einem anderen Wege als dem eines Vertrages zu einer Regelung zu gelangen, indem die drei Mächte das Verfahren freier Verhandlungen vorgezogen haben, deren Möglichkeiten eng von der Gewährung neuer Sicherheitsgarantien bedingt sind.

Undurchsichtige Anschlaggerüchte

Paris, 16. April. Von der Leitung der französischen Sicherheitspolizei werden in Genfer Konferenzkreisen verbreitete Gerüchte, die von einem angeblichen Anschlagplan italienischer Anarchisten in Straßburg auf Mussolini wissen wollten, als falsch bezichtigt. Die Gerüchte seien darauf zurückzuführen, daß die französische Polizei lediglich die italienische und die schweizerische Polizei wie üblich auf die Zweckmäßigkeit einer Verstärkung der Sicherheitsmaßnahmen für die Staatsmänner in Straßburg aufmerksam gemacht habe. Eigenartig ist es, daß andere Blätter eine Meldung aus Marseille wiedergeben, in der von der Verhaftung eines Italieners und einer Italienerin berichtet wird. Die ganze Angelegenheit ist einigermaßen undurchsichtig und daher mit größter Vorsicht aufzunehmen.

Ueber 80 Prozent der Ja-Stimmen

Vertrauensratswahlen beweisen die Betriebsgemeinschaft

Die in allen deutschen Betrieben durchgeführten Vertrauensratswahlen haben nach den bisher vorliegenden Ergebnissen einen starken Erfolg für den Gedanken der Betriebsgemeinschaft gebracht. Wie wir von der Deutschen Arbeitsfront erfahren, sind im Durchschnitt für die von den Betriebsführern gemeinsam mit den Betriebszellenobmännern aufgestellten Listen über 80 Prozent Ja-Stimmen abgegeben worden. In vielen Betrieben liegen die Zahlen weit über den Erwartungen. Ein Gesamtresultat wie es in der zweiten Hälfte dieser Woche bekanntgegeben werden könnte, da die vom Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit vorgeschriebene Form der Zählung die Feststellung des Ergebnisses schwierig macht. Bekanntlich müssen die Abstimmlisten mit ihren Helfern persönlich das Ergebnis feststellen. Großbetriebe müssen außerdem die Ergebnisse von ihren verschiedenen Zweigbetrieben zusammenfassen. Hilfskräfte dürfen zur Zählung der Stimmen nicht herangezogen werden.

Bei der Vertrauensratswahl im Bochumer Verein haben von den Wahlberechtigten 93,7 Prozent an der Abstimmung teilgenommen, von denen sich nur etwa 6 Prozent gegen die Vertrauensratslisten aussprachen. Von Blohm u. Voß in Hamburg sind bei einer Wahlbeteiligung von 85 Prozent 78 Prozent Ja-Stimmen abgegeben worden. Die IG Farben Bitterfeld meldeten mit einer hundertprozentigen Wahlbeteiligung ungefähr 90 Prozent Ja-Stimmen, während bei den Kruppwerken in Essen von 83 000 abgegebenen Stimmen 29 000 den vorgeschlagenen Listen der Vertrauensräte zustimmten. Die Siemenswerke in Berlin haben sämtliche Vertrauensmänner mit fast 90prozentiger Zustimmung gewählt.

Das Ergebnis der Vertrauensratswahlen in Schleswig-Holstein bringt nach den bisher vorliegenden Meldungen mit 89 v. H. Ja-Stimmen bei 122 976 Wahlberechtigten aus 2040 Betrieben Schleswig-Holsteins der Deutschen Arbeitsfront einen übermäßigenden Erfolg.

Aus Halle liegt bereits das Gesamtergebnis aus 133 Betrieben vor und zwar ergab hier die Wahl bei 24 130 Beteiligten 22 000 Ja-Stimmen. In Halle stimmten also 89 Prozent für Ja.

Das Ergebnis im Gau Köln-Aachen steht diesen Ziffern nicht nach und beweist ebenfalls einen glänzenden Verlauf der Wahl. Nach den bisher vorliegenden Meldungen sind hier 85 und 90 Prozent Ja-Stimmen abgegeben worden. Das gleiche Bild im Reichsbahndirektionsbezirk Köln. Bei den IG Farben ergaben die Vertrauensratswahlen bei 88 Prozent Wahlbeteiligung 83 Prozent Ja-Stimmen.

12 Millionen RM. Anfuhrüberschuß im März

Export um 63 Millionen RM. gestiegen

Die Einfuhr betrug im März 353 Millionen RM. Gegenüber dem Vormonat (359 Millionen RM.) ist die Gesamteinfuhr somit leicht gesunken. Dieser Rückgang ist jedoch im wesentlichen durch die Rückgliederung des Saargebietes zu erklären. Diese Veränderung kommt am härtesten in der Einfuhr von Fertigwaren zum Ausdruck, die insgesamt um 9 Millionen RM. geringer ausgewiesen ist als im Vormonat. Die Rohstoffeinfuhr ist gegenüber dem Vormonat leicht gestiegen.

Die Ausfuhr betrug im März 365 Millionen RM. gegenüber 302 Millionen RM. im Februar. Dies bedeutet eine Steigerung um mehr als ein Fünftel. Nach der Saisonstimmung war mit einer Zunahme der Ausfuhr zu rechnen, da der März in fast allen Jahren seit 1925 eine Ausfuhrsteigerung aufwies. Jedoch war die Erhöhung diesmal härter als in irgend einem der Vorjahre. Die Rückgliederung des Saargebietes hat, soweit sich feststellen läßt, keinen nennenswerten Einfluß auf diese Entwicklung der Ausfuhrziffer gehabt. Die Zunahme der Ausfuhr über das saisonübliche Ausmaß hinaus ist daher nur so zu erklären, daß die in den vergangenen Monaten abgeschlossenen Kompensations- und Verrechnungsgeschäfte, die zunächst zu einer starken Erhöhung der Einfuhr führten, nunmehr sich auch auf der Ausfuhrseite auswirken. An der Steigerung der Gesamtausfuhr sind mit Ausnahme von lebenden Tieren alle Hauptgruppen beteiligt. Weitmas am härtesten war die Zunahme bei Fertigwaren mit rund 24 Prozent.

19 000 Mark von einem falschen Devisenkontrolleur erschwindelt

Berlin, 16. April. In den Mittagsstunden des 16. April suchte ein Schwindler eine Frau in ihrer Wohnung in Berlin-Weißhof auf und gab sich ihr gegenüber als Devisenkontrolleur aus. Er erklärte, er habe Auftrag, die Wohnung durchsuchen zu müssen, wenn ihm nicht etwa verdeckte Devisen freiwillig vorgelegt würden. Die Frau glaubte tatsächlich, mit einem Beamten zu tun zu haben und legte dem Betrüger ihr gesamtes Vermögen in barem Gelde in Höhe von 19 000 RM. zur Einsichtnahme vor. Nun erklärte der Betrüger, daß er das Geld mitnehmen müsse, da seine Behörde darüber entscheiden werde, ob sie es zurückhalte. Er zählte dann das Geld ab, legte es in einen mitgebrachten kleinen Pappkarton und entfernte sich. Zu spät erkannte dann die Frau, daß sie einem Schwindler in die Hände gefallen war.

Wieder 110 Einbürgerungen in Berlin widerrufen

Berlin, 16. April. Der Polizeipräsident in Berlin gibt im Reichsanzeiger eine neue Liste widerrufenen Einbürgerungen bekannt. Die Liste enthält 110 Namen von Personen, die die preussische Staatsangehörigkeit in der Zeit zwischen dem 9. November 1918 und dem 30. Januar 1933 durch Einbürgerung erworben haben. Weitmas die Mehrzahl der neuen Ausbürgerungen betrifft Fälle von Nichtariern. Personen, die in der breiteren Öffentlichkeit hervorgetreten waren, finden sich auf der neuen Liste nicht vor.

Zweidirekte Bewerbungen

Berlin, 16. April. Täglich gehen im Reichsluftfahrtministerium und den nachgeordneten Dienststellen zahlreiche Bewerbungen um Verwendung in Beamten-, Angestellten- und Arbeiterstellen der Luftfahrt ein. Der Bedarf an Personal ist im wesentlichen gedeckt, so daß Verwendungsmöglichkeit nur noch für einen geringen Teil der Bewerber besteht. Weitere Bewerbungen sind zwecklos. Bei der Ueberfülle der bereits vorliegenden Bewerbungen kann erst nach geraumer Zeit und nur im Falle der Verwendung mit einer Antwort gerechnet werden. Gesuche, die innerhalb vier Wochen nicht beantwortet sind, sind als abgelehnt zu betrachten. Nachfragen verzögern nur die Bearbeitung und sind zu vermeiden.

Ruhe über die kommenden Aufgaben der SA.

Magdeburg, 16. April. Der Chef des Stabes der SA, Ruhe, empfing während seiner Anwesenheit bei der Gruppe Mitte zwei Vertreter des „Mitteldeutschen“ zu einer Unterredung, in der er grundlegende Ausführungen über die kommenden Aufgaben der SA machte. Der Stabschef sagte u. a.:

Die SA wird in ihrer Grundidee und ihrer Existenz auch für die Zukunft durch das Wehrgesetz in keiner Weise ausgeschaltet. Es kann keine Rede von einem Verschwinden der SA sein, da ihre Aufgaben anderer Art sind als die des Heeres, und der Führer für alle Zeiten auf seine SA als den geschulten und kämpferischen Glaubens- und Glaubensständer der nationalsozialistischen Weltanschauung entscheidenden Wert legt. Um der SA diese ihre ursprüngliche Aufgabe zu ermöglichen, ist natürlich eine scharfe Durchsichtung in erster Linie bei allen Führerstellen Voraussetzung für den Weiterbestand einer auf Freiwilligkeit und kämpferisch politischen Willens aufgebauten, in Gesinnung und Haltung nicht militärisch, aber doch soldatisch bedingten nationalsozialistischen Organisation. Die qualitative Hochstellung des Führerkorps wird erreicht durch umfassende Prüfungen, die eine strenge Auswahl nach charakterlicher Haltung, Beherrschung nationalsozialistischer Weltanschauung und soldatischer Lebensstile schaffen. Diese Prüfungen sind im ganzen Reich bereits bis zu den Brigadeführern herab streng durchgeführt und werden systematisch fortgesetzt bis etwa zu den Sturmführern. In etwa fünf bis sechs Monaten ist dieser Prozeß, der bewußt ohne Rücksicht auf das entstehende Zahlenverhältnis nur eine wirkliche Elite übrig läßt, im ganzen Reich durchgeführt. Den Weg eines jungen Deutschen, vor allem aber eines kämpferischen Nationalsozialisten, stelle ich mir folgendermaßen vor:

Zunächst die erste Erfahrung im Jungvolk und der Hitlerjugend, dann sofort Uebernahme in die SA, und zwar vor der Erfüllung der Arbeitsdienstpflicht. Nach dem Arbeitsdienst und der Ableistung der Wehrpflicht werden diejenigen Nationalsozialisten, die in sich die Aufgabe eines kämpferischen Lebens für die Idee des Führers tragen, zur SA zurückkehren. Ich wünsche lieber eine kleine, aber geschulte, glaubensstarke und dem Führer fanatisch ergebene Truppe als eine SA, die durch Masse zu imponieren versucht. Die Ereignisse des 30. Juni und die seinerzeit von dem Verräter Röhm eingeschlagenen Wege haben klar bewiesen, daß der Geist und die Weltanschauung letzten Endes entscheidend sind und nicht irgend welche Machtmittel. Der Zusammenbruch des deutschen Soldatengesetzes durch die Unterminierung im Jahre 1918 und der Sieg der nationalsozialistischen Revolution im Jahre 1933 sind entscheidende Beispiele für den ausschlaggebenden Einfluß der Idee. Mit Kanonen kann man wohl ein Volk schütten und erhalten, aufbauen kann man es nur mit einer gläubigen und kämpferischen Weltanschauung. Hierzu ist die SA eines der ersten Instrumente. Auf Grund dieser Anschauungen wird sich nach einer Uebergangszeit auch die Frage „Partei Genossen oder Nichtpartei Genossen“ in der SA von selbst lösen. Das Führerkorps besteht heute zum allergrößten Teil schon nur noch aus Partei Genossen und in Zukunft werden in der SA überhaupt nur noch Partei Genossen zu finden sein.

Diejenigen Volksgenossen, die nach Ableistung des Wehrdienstes die Tradition ihrer Militärzeit weiter pflegen wollen, ohne indessen nationalsozialistische Kämpfer zu sein, werden in einem großen Soldatenbunde zusammengelöst werden. Es ist kein Zweifel, daß es in Zukunft in Deutschland aber nur noch einen großen Soldatenbund geben wird, der alle umfaßt, die im Heere gedient haben und die nicht in einer Beteiligung in der SA eine weitere, sich selbst gestellte Aufgabe sehen. Das Nebeneinanderstehen von Organisationen gleicher Zielsetzung ist im nationalsozialistischen Staat eine Unmöglichkeit, wenn auch im Augenblick erst noch ein Uebergangsstadium durchschritten werden muß.

Entgeltzahlung an Heimarbeiter am 1. Mai

Berlin, 16. April. Der Reichs- und preussische Arbeitsminister teilt im Einvernehmen mit dem Reichs- und preussischen Wirtschaftsminister mit:

Der nationale Feiertag des deutschen Volkes soll dem deutschen Arbeiter nach dem Willen der Reichsregierung keinen Lohnausfall bringen. Das Gesetz über die Lohnzahlung an nationalen Feiertag des deutschen Volkes vom 26. April 1934 schreibt daher vor, daß den Arbeitern der regelmäßige Arbeitsverdienst auch für den 1. Mai zu zahlen ist. Auch der deutsche Heimarbeiter soll den nationalen Feiertag feiern können, ohne daß seine Festesfreude durch Entgeltausfall getrübt wird. Es wird daher erwartet, daß alle Auftraggeber, Zwischenmeister und Hausgewerbetreibenden die von ihnen beschäftigten Heimarbeiter so stellen, daß sie keinen Entgeltausfall erleiden. Im Interesse einheitlicher Behandlung soll jeder Heimarbeiter 4 v. H. der im Monat April verdienten Entgelte erhalten. In Betrieben, in denen vor dem Osterfest eine saisonmäßige Belegung des Geschäftes zu besonders hohen Entgelten im April geführt hat, kann ausnahmsweise auf 3 v. H. der im April verdienten Entgelte herabgegangen werden.

Danziger Vorstellungen wegen der Ausschreitungen in Pommerellen

Danzig, 16. April. Bei den Ausschreitungen polnischer Gruppen gegen das Deutschum in verschiedenen Orten Nordpommerellens ist wie die weiteren Feststellungen ergeben haben, auch ein Danziger Staatsangehöriger, Studienrat Dr. Hoffmann, der zu einem Vortrag in dem Orte Kölln weilte, tätlich angegriffen worden. Der Danziger Senat hat deswegen beim diplomatischen Vertreter der Republik Polen in Danzig Vorstellungen

erhoben. Die Danziger Presse nimmt heute mit sehr erntem und eindringlichen Worten zu den traurigen Vorgängen Stellung. Die Blätter veröffentlichen erschütternde Augenzeugenberichte über die Ausschreitungen, denen ein junges deutsches Menschenleben zum Opfer gefallen ist. Das hiesige Organ der NSDAP, der „Danziger Botschafter“, stellt fest, daß Danzig im Interesse der Erhaltung dieser Beziehungen mit Polen energische Maßnahmen zur Wiederherstellung friedlicher Verhältnisse und zur Beseitigung ruhestörender Elemente in den unmittelbar benachbarten Gebieten fordern müsse.

Attentatsverfahren gegen Benizelos

Athen, 16. April. Die Verhandlung des Kriegsgerichts gegen den früheren Ministerpräsidenten Benizelos sowie die übrigen bekannten Staatsmänner der Oppositionsparteien ist auf Freitag, den 19. April festgelegt worden. Vorsitzender des Kriegsgerichts ist voraussichtlich der Flottenchef Sakellarios. Gegen Benizelos, seinen Sohn Agriatos Benizelos, General Nafiras, den früheren Finanzminister Maris und andere wird in Abwesenheit verhandelt, da sich diese im Ausland befinden. Die anderen Politiker Papanastasiou, Kaphandaris, Sophoulis, Mylonas, Goniatas, Abraam usw. befinden sich in Athen in Untersuchungshaft.

Paraguay zum Frieden bereit

Muncion, 16. April. Bei einem Besuch in der Ortschaft Ita Auerer sich der Präsident von Paraguay, Agala, bei einem ihm zu Ehren gegebenen Frühstück über die verschiedenen gescheiterten Friedensvermittlungsoversuche zwischen Bolivien und Paraguay und erklärte: „Die Stunde ist da, um über Frieden zu sprechen.“ Weiter sagte der Präsident, daß Paraguay bereit sei, auch ohne Vermittler mit der bolivianischen Regierung zu verhandeln. Bolivien würde in Paraguay keinen unveröhnlichen Gegner finden. Es sei Zeit, sich an den Konferenztisch zu setzen, um zu versuchen, die beiden Völker vom Kriegselend zu befreien.

Sokales

Wildbad, den 17. April 1935.

Die silberne Hochzeit dürfen gestern feiern das Ehepaar Fritz Grohmann, Posthofschnur, und Frau Marie, geb. Rothfuß. Wir gratulieren herzlich.

Preisvereinbarungen bei Vergabung von öffentlichen Arbeiten

Durch Erlass des Württ. Wirtschaftsministeriums (Preisüberwachungsstelle) werden die Gemeinden und Kreisverbände unter Hinweis auf eine Reichsverordnung vom 29. März 1935 ersucht, bei Vergabung öffentlicher Aufträge darüber zu wachen, daß keine Preisvereinbarungen getroffen werden. Die Einwilligung zu Verhandlungen und Vereinbarungen wird nur beim Vorliegen besonderer Verhältnisse zu erteilen sein. Bei Feststellung von Verstößen gegen die Verordnung ist sofort dem Wirtschaftsministerium (Preisüberwachungsstelle) Anzeige zu erstatten.

Württemberg

Die Hilfe für die Bauernfrau

NS-Volkswohlfahrt und Erzeugungsschlacht

Das Amt für Volkswohlfahrt in Württemberg berichtet u. a.:

In der großen Zielsetzung „Erreichung der Nahrungsmittelfreiheit Deutschlands“, die sich der Reichsnährstand gestellt hat, ist die Erzeugungsschlacht von allergrößter Bedeutung. Alle verfügbaren Kräfte müssen aufgeboten werden, um dieses Werk gelingen zu lassen.

Auch die NS-Volkswohlfahrt stellt sich in den Dienst der Sache. Es erhebt sich daher bei manchem Volksgenossen die Frage: Was hat die NS-Volkswohlfahrt mit der Erzeugungsschlacht zu tun? Und doch ist die NS-Volkswohlfahrt in der Lage, hier wirksam mithelfen zu können. Wir wollen mit der zur Verfügung stehenden Mitteln dazu beitragen, der bäuerlichen Familie die Hilfen angedeihen zu lassen, die ihr im täglichen Lebenskampf Erleichterung schaffen können.

Da ist vor allem zu nennen die Müttererholung. Wir haben unsere Winterarbeit bewußt auf Landfrauen übertragen und eingestrichelt. Auf den Schultern der Bauernfrau liegt eine Unmenge von Arbeit. Sie ist Hausfrau und Mutter, und zugleich Gehilfin ihres Mannes im bäuerlichen Betrieb. So haben wir nun die Wintermonate dazu ausgenutzt, um möglichst vielen Frauen die so bitter nötige Entspannung und Erholung zu ermöglichen. 930 Landfrauen konnten in etwa 18 000 Verpflegungstagen je drei Wochen in einem Erholungsheim untergebracht werden.

In vielen Fällen war es notwendig, zur Vertretung der Hausfrau über die Dauer der Abwesenheit eine Haushilfe einzusetzen. Hier fanden uns die Mädel der Umhüllungslager des Bundes deutscher Mädel treu zur Seite. Die NS-Volkswohlfahrt übernahm die entsprechenden Reisekosten sowie eine kleine Barvergütung für die Mädel, und die Frauen konnten beruhigt ihren Reisaufenthalt antreten, wußten sie doch Haushalt und Kinder in guter Obhut.

Eine weitere Hilfe der NS-Volkswohlfahrt ist die Entlastung von allerlei häuslichen Sorgen während der Erntezeit. Schon im letzten Jahre haben wir vom Beginn der Heuernte bis in den Herbst hinein mit großem Erfolg in 48 Erntelindergrärten 2000 vor- und nachschulpflichtige Kinder betreut und so den Landfrauen eine Entlastung zuteil werden lassen, die dankbar und freudig begrüßt wurde. Erst nur zögernd vertraute man unseren Kindergärtnerinnen, BdM-Mädel mit entsprechender fachlicher Ausbildung, die Kleinen an, aber bald hatten nicht nur die Kinder, sondern auch die Mütter die „Tante“ liebgewonnen und sich rasch mit der neuen Einrichtung befreundet. Schon heute sind die Anträge auf Errichtung von Erntelindergrärten so zahlreich, daß die Leistungen des Vorjahres erheblich überschritten werden.

Neu einrichten wollen wir dieses Jahr wo nötig auch Krippen, da ja die Arbeit am Säugling noch bedeutend mehr Zeit in Anspruch nimmt als die Sorge für die Zwei- bis Fünfjährigen.

Ein dritter wichtiger Zweig unserer Arbeit ist es, mit zu sorgen, dem Mangel an landwirtschaftlichen Arbeitskräften wirksam abzuhelfen. Durch den Arbeitsplanaustausch freigesetzte Mädel, die Lust und Liebe zur Betätigung in der Landwirtschaft haben, müssen für diesen neuen Beruf umgeschult werden. Auch die NS-Volkswohlfahrt wird sich in Zukunft hier mit einschalten und neben den leiberrigen Trägern der Lager auch eigene Umschulungslager einrichten.

Eine schwere Folge, besonders für die Notlandkreise, bildete die Futtermittelnappheit, die diesen Winter auftrat. Auch hier hat die NS-Volkswohlfahrt bzw. das Winterhilfswerk tatkräftig geholfen. Verschiedenen Notlandkreisen wurden Geldmittel zum Futterkauf zur Verfügung gestellt und diese zusammen mit Vertretern der Landesbauernschaft an besonders notleidende bäuerliche Betriebe verteilt.

Aber nicht nur die Erzeugungsschlacht hat uns dazu bestimmt, unsere Kräfte in den Dienst deutschen Bauerntums zu stellen.



Wielmehr hat die R.S. Volkswohlfahrt auch eine Dankeschuld an die Bauernschaft abzutragen. Ist es doch gerade unser schwäbisches Volk, das in nimmermüder Hilfsbereitschaft Freistellen für unsere Erholungsstätten zur Verfügung stellt. Wenn nun in diesen Tagen wieder die Werbetrommel für die Kinderlandverschickung gerührt wird, so wissen wir genau, daß der Bauer hier nicht zurücksteht, sondern zahlreiche Freistellen zur Verfügung stellt. Treue um Treue!

Stuttgart, 16. April. (Ernannt.) Der Führer und Reichskanzler hat den außerordentlichen Professor für Baukonstruktionen Dr. Ing. Wilhelm Storz an der Abteilung für Architektur der Technischen Hochschule Stuttgart zum ordentlichen Professor dazulbst ernannt.

Birkenfeld, Orl. Neuenbürg, 16. April. (Dr. Steimle Bürgermeister.) Der derzeitige Bürgermeisteramtsverweiser in Birkenfeld, Diplomoölkswirt Dr. Theodor Steimle, wurde nach den Bestimmungen der neuen Deutschen Gemeindeordnung zum hauptamtlichen Bürgermeister in Birkenfeld bestellt. Die Amtseinführung soll im Rahmen einer großen Gemeindefeier stattfinden.

Sulz a. N., 16. April. (Zabreibrand.) Wieder wie vor drei Wochen brach am Montagabend im Baumwollmischraum der hiesigen Buntweberlei aus unbekannter Ursache Feuer aus, das in den dort lagernden Baumwollsorten reiche Nahrung fand. Die hiesige Feuerwehr war rasch zur Stelle und konnte nach etwa einstündiger Tätigkeit das Feuer löschen. Der Schaden wird auf mehrere 10 000 RM. geschätzt. Die Arbeit in der Spinnerei erleidet keine Unterbrechung.

Schorndorf, 16. April. (Ministerbesuch.) Anlässlich der Abschlussfeier des Landjahrführerlehrgangs, der in der Jugendherberge Schorndorf abgehalten wurde, besichtigte Ministerpräsident und Kultminister Mergenthaler auch die Jugendherberge, die vor wenigen Tagen ihr 10jähriges Jubiläum feiern konnte. Unterbannführer Schairer, gab dem Ministerpräsidenten eingehend Auskunft über den Stand des Herbergswesens in Schwaben. Ministerpräsident Mergenthaler freute sich über die Einfachheit und Zweckmäßigkeit der Jugendherberge Schorndorf.

Stammheim, Orl. Calw, 16. April. (Selbstverstümmelung.) Wie bereits berichtet, hatte sich hier der Sohn eines hiesigen Handwerkers beim Holzspalten die linke Hand abgehauen. Die nähere Untersuchung des Falles ergab inzwischen, daß es sich um einen Akt der Selbstverstümmelung gehandelt hat. Der bedauernswerte junge Mann, der seit seiner Schulentlassung bei seinem Vater beschäftigt ist, erlitten zum Schrecken seiner Eltern plötzlich in der Wohnstube mit stark blutendem Armstumpf. In der rechten Hand trug er seine linke Hand, die er sich im Holzfall selbst mit dem Beil abgehauen hatte. Es stellte sich

heraus, daß er vor der Tat seinen jüngeren Bruder gebeten hatte, ihm den linken Arm zu unterbinden, ohne ihn von seinem schrecklichen Vorhaben zu unterrichten. Was den als wortfroh geschilderten 23jährigen Mann zu dieser gräßlichen Selbstverstümmelung getrieben hat, ist nicht bekannt.

Bom Ries, 16. April. (Ein Kreis erstickt.) Als der 71 Jahre alte Privatier Kaver Dols in Kirchheim seinen Garten mit Saughebingen wollte, fiel er kopfüber in die Saughegrube, wobei er seine ihm zu Hilfe eilende Frau auch mit hineinriß. Nachbarn, die den Vorgang bemerkten, zogen beide heraus, konnten den Mann aber nur mehr als Leiche bergen.

Friedrichshafen, 16. April. (Nüdkehr des „Graf Zeppelin“.) Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ ist Dienstag früh 9 Uhr von seiner ersten Südamerikafahrt unter Führung von Kapitän von Schiller nach Friedrichshafen zurückgekehrt und ist 9.22 Uhr auf dem Wertgelände bei leichtem Nebel glatt gelandet. An der Fahrt nahmen 21 Passagiere teil. Die Strecke von Gibraltar nach Friedrichshafen hat das Luftschiff in 14 Stunden zurückgelegt.

Neuburg, Orl. Chingen, 9. April. (Brand.) Am Sonntag früh brach in dem im Jahre 1916 erbauten Oekonomieggebäude des Landwirts Johann Schneider ein Brand aus. Dank dem raschen Eingreifen der Feuerwehr der Gesamtgemeinde Lauterach blieben die benachbarten Wohngebäude vom Feuer verschont. Das Vieh und ein kleiner Teil der Fahrnis konnten gerettet werden. Der Besitzer erleidet einen beträchtlichen Schaden. Als Brandursache wird Brandstiftung vermutet. Bei den Völsarbeiten erlitt ein Feuerwehrmann leichtere Verletzungen.

Krankheitsstatistik in Württemberg

In der 13. Jahreswoche vom 23. bis 30. März 1935 wurden in Württemberg folgende Fälle von gemeingefährlichen und sonstigen übertragbaren Krankheiten amtlich gemeldet: Diphtherie 55 (tödlich —), übertragbare Genickstarre —, Scharlach 77 (1), Rindbettfieber 4 (1), Tuberkulose der Atmungs- und anderer Organe 17 (24).

Rundfunk

Programm des Reichsenders Stuttgart

Donnerstag, 18. April:

- 10.15 Aus Mannheim: Musik für Klavier, Violine und Cello
- 12.00 Aus Frankfurt: Mittagskonzert
- 13.15 Aus Frankfurt: Mittagskonzert
- 15.30 Frauenstunde: „Was sagen uns Frauen unsere Kunst- musen?“
- 16.00 Aus Breslau: Nachmittagskonzert

- 18.00 Spanischer Sprachunterricht
- 18.15 Kurzgespräch
- 18.30 „Ein lieber Freund...“, Märchen
- 19.00 Aus Leipzig: Volkstümliche Musik
- 20.15 Einführende Worte von Rolf Cuntz zur Sendung: „Nero und Acté“
- 20.20 Nero und Acté
- 22.20 Aus Washington: Vorüber man in Amerika spricht
- 22.30 „Die Wolken sie wandern am himmlischen Jelt...“
- 23.00 Aus Stettin: Ernste Klänge
- 24.00 Nachtmusik.

Karfreitag, 19. April:

- 9.00 Aus Karlsruhe: Evangelische Morgenfeier
- 9.45 Aus Mannheim: Streichquartett
- 10.30 Orgelkonzert
- 11.30 „Ernste Klaviermusik“
- 12.00 Aus Leipzig: Mittagskonzert
- 19.00 Aus Leipzig: Passion
- 22.00 Nachrichtendienst
- 22.30 Liebe, Musik und Tod des Johann Sebastian Bach
- 24.00 Juntsille.

Samstag, 20. April:

- 10.15 „Musikertunde“
- 11.00 Aus Stuttgart: Hanns Schindler: Drei Gesänge
- 12.00 Aus Breslau: Mittagskonzert
- 13.15 Aus Frankfurt: Mittagskonzert
- 14.15 Ausgewählte Schallplatten
- 15.00 Aus Karlsruhe: Die Alemannenschlacht von Straßburg
- 15.45 Josef Ponton spricht
- 16.00 Aus Köln: Der trohe Samstagnachmittag
- 18.00 Achtung! Achtung! Sie hören den „Tonbericht der Woche“
- 18.30 Weitere Klaffit
- 19.00 „Führer und Volk“
- 20.15 Beethoven-Konzert
- 21.00 „Kunsthäuser“, Funkspiel
- 22.30 Aus München: Nachtmusik
- 24.00 Nachtmusik.

Evangelischer Gottesdienst.

Mittwoch, den 17. April, abends 8 Uhr Passionsandacht, Beichte für das Abendmahl am Karfreitag.

Gründonnerstag, abends 6 Uhr Abendmahlsfeier mit eingefügter Beichte.

Karfreitag, vormittags 9.30 Uhr Predigt (Leidensgeschichte VI, 3—10) Stadtpfarrer Dauber. Abendmahlsfeier, Nachmittags 5 Uhr Predigt Stadtpfarrer Hahn.

In Sprollenhaus.

Karfreitag, nachmittags 2 Uhr Predigt mit Abendmahlsfeier Stadtpfarrer Dauber.

Verleger: Buchdruckerei und Verlagsverlag Wildbader Tagblatt, Wildbader Tagblatt, Wildbad, L. Scherzweg 3 (Tel. 22, 23) 721. 3. 35 100

Frisch eingetroffen:

Deutsches Schweinefleisch	Pfd. 1.—
Ia. Rauchfleisch 1/2 Pfd.	58 ¢
Stangenkäse	Pfd. 48 ¢
Zwiebeln	Pfd. 15 ¢
Orangen, süß und saftig	Pfd. 25 ¢
Bananen	Pfd. 45 ¢
Frisch gerösteter Kaffee	1/2 Pfd. 50, 58, 60, 70, 85 ¢

In Osterartikeln
schöne Auswahl!

Otto Voß Niederlage von
Thams & Garfs
Hamburger Kaffee-Lager
Wildbad

Wählen Sie zur Karwoche
einen feinen Fisch im Spezialgeschäft, bekannte Qualitäten bei billigster Berechnung:

- Bratfischelische
- Grüne Seringe
- Kabeljau
- Filet
- Schellfisch
- Schollen
- Rotzungen
- Zander
- Forellen
- Ragout Pfd. 50 Pfg.

Ad. Blumenthal, Tel. 264

Am Ostersonntag
bleiben unsere Kassen geschlossen

Enztalbank Häberle & Co. Komm.-Ges. Wildbad
Kreissparkasse Neuenbürg Zweigstelle Wildbad
Pforzheimer Gewerbebank eGmbH. Zahlsstelle Wildbad

Ab heute für Karfreitag
frische Geessische
sowie frisch gewässerte blütenweiße
Stodkfische
in allerbesten Qualität
billigst bei
Luger Nachl. - A. Strauß.

Auf Ostern
Bestellungen
für gefärbte Eier
nimmt entgegen
bei billigster Berechnung
Pauline Broß Wwe.
Rathausgasse 10.

Für die Feiertage
Ia. Gemüsekonserven
Schöner Kopfsalat
Tomaten
Gurken
Radieschen und Eiszapfen
Spinat Pfd. —.25
Gant- und Speisekartoffeln
eingetroffen
Fritz Luz, Tel. 504
Familiendruckachen
jeder Art liefert in kürzester Frist
Wildbader Tagblatt.

Für den Beruf

Arbeitsjacke blau Körper edelfarbig, 3 aufgesetzte Taschen gut verriegelt, Armschütz zum Knöpfen	2.70	Fleischerjacke zweifach, offen und geschlossen zu tragen, 3 aufgesetzte Taschen, edelfarbig	5.35
Arbeitshose blau Körper edelfarbig, 2 Taschen, bequem und weit geschnitten	2.70	Damenberufsmantel Zellir, mit buntem Krettonbesatz, lange Felle	2.65
Herrenhose gestreift, verschiedene Farben, mit gutem Bund- und Taschenfutter	3.30	Servierschürze Linon, Hohlraumgarnitur, Kreuz- und Bindebänder	1.50
Lagermantel Rohwessel, dicke Qualität, mit Umlegekragen, 3 aufgesetzte Taschen, 2leilliger Rückengurt	3.30	Arbeitsliefel schwarz Rindleder, mit Filzstreifen, ganze Zwischensohle, Gr. 40-46	6.50
Friseurmantel weiß Körper, gute Qualität, 3 aufgesetzte Taschen verriegelt, Ärmel mit Manschetten	5.10	Sandalen braun Rindleder, Ledersohle	
		Größe 22-26 27-30 31-35 36-42 43-46	
		Preis 1.75 1.95 2.35 2.75 3.25	

Burschengrößen entsprechend billiger.

Empfehle auf Ostern
mein reichhaltiges Lager
Qualitätsschuhe
der Marken „Salamander“ und „Rieker“
Ferner bringe meine
Reparaturwerkstätte
in empfehlende Erinnerung, bei guter, fachgemäßer Ausführung

Sommerberg-Hotel
Saisonöffnung:
Gründonnerstag, 18. April

Für die Karwoche
Große Zufahren
Frische Fische
direkt ab See:
Kabliau i.g. Fisch Pfd. 23
Kabliaufilet Pfd. 38
Stodkfische Pfd. 26
Pfannkuch

Schuhhaus Lutz
Oster-Hasen
Oster-Eier in Milch- und Schmelzschokolade
Krokant-, Staniol- und Rougat-Eier
Alles nur Eigenfabrikate, keine Fabrikfächer
empfiehlt
Konditorei Bechtle
Besichtigen Sie meine Ausstellung!

Marke Taucher
Herrenschuh
KLASSE FÜR SICH!
Schuhhaus Wilh. Treiber
Ludwig-Seegeer-Straße 17, hinter Hotel Klump.
Die beste Reklame ist und bleibt das Zeitungs-Inserat

EMAILLESCHILDER
MESSINGSCHILDER
STEMPEL
KISSEN

Stempel
aller Art
liefert
Buchdruckerei
Wildbader Tagblatt
Fernruf 479

Alles für Ostern!
EIER
10 Stück netto
98, 93 u. 85
Stück 10 und 9
Bunte Ostereier
gekocht und gefärbt
schwere, netto Stück **10**
Dragee-Eier 1/2 Pfand und 11
Zucker- und Fondant-Eier Stck. 5
Waffeleier und Nester 2 Stück 5
Schokoladeier Stab 5
Schokoladenhasen 10
Rote u. braune Hasen
Pfannkuchkaffee 50
1/2 Pfd. 85, 75, 65, 60, 55,
Den Kuchen mit unserem nochmal gelockertem, gesiebtem Mehl
Phanko Konfekt Pfd. 22
Phanxo Gold 24
Sultainen 1/4, 18, 15 u. 10
Schmalz ausl. Pfd. 1. u. 90
Schmalz deutsch. Pf. 1.10
Kokosfett Pfd. 70 und 65
Salatöl off. Ltr. 1.40, 1.20
Hefe stets frisch
Weine u. Konserven
in reicher Auswahl.
Verlangen Sie neue Wein- und Konservenliste.
Pfannk.-Pudd.-Pulv.
Vanille u. Mandel Beutel 6
Schokolade Beutel 8
Pfannkuch
7/8 Rahm